Johannes Schraps: Auch künftig zügige Steigerung vorgesehen

Bundesregierung hat heute Rentenerhöhung für 20 Millionen Rentner beschlossen

Mittwoch 25. April 2018 - **Berlin / Hameln (wbn). Gute Nachrichten aus Berlin für mehr als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner: Die Bundesregierung hat heute beschlossen, die Renten zu erhöhen. Zum 1. Juli 2018 wird die Rente in Westdeutschland um 3,22 Prozent und in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent steigen.**

Der Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps aus dem Weserbergland erklärt: "Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Renten in Ost und West weiter aneinander angeglichen werden: Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts erreicht der Rentenwert im Osten ab 1. Juli 95,8 Prozent des Westwerts. Bis spätestens 2024 sollen die Renten in den alten und neuen Bundesländern dann gleich hoch sein. Wichtige Grundlage für die erfreuliche Entwicklung bei den Renten insgesamt sind die aktuell gute Arbeitsmarktsituation und steigende Löhne."

Fortsetzung von Seite 1

Der heimische Bundestagsabgeordnete bekräftigt ferner: „Wir werden die Weichen dafür stellen, dass Renten auch künftig weiter zügig steigen. Politik für eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist dafür das beste Rezept - denn nur mit einem hohen Beschäftigungsstand und guten Löhnen gibt es im Endeffekt auch eine gute Rente. Dazu haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt."

Dass sich Familie und Beruf künftig besser unter einen Hut bringen lassen, wird mit der Brückenteilzeit sichergestellt werden. Berufstätige Eltern dürfen nicht in die Teilzeitfalle

geraten, sondern müssen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden. Das bedeutet ein Lohnplus auf dem Gehaltskonto und später auf dem Rentenkonto. Schraps erklärt: „So wie wir mit dem gesetzlichen Mindestlohn die Einkommensentwicklung insgesamt verbessert haben, wollen wir auch die Situation von Berufsstartern weiter verbessern und eine Mindestausbildungsvergütung einführen“. Durch ein Fachkräftegesetz soll der Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland besser gesteuert und damit die wirtschaftliche Entwicklung und in der Folge die Lohnentwicklung in Deutschland vorangebracht werden.

Zugleich werden im Inland die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung älterer Menschen verbessert. „Wir werden dafür sorgen, dass Geringqualifizierte umfänglicher weitergebildet werden als bisher, um dem Fachkräftemangel beizukommen und die Einkommenssituation dieser Menschen zu verbessern“, so Schraps. Mit einem Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einer in sich stimmigen nationalen Weiterbildungsstrategie werden die Weiterbildungsprogramme des Bundes und der Länder besser gebündelt. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in den Pflegeberufen spürbar verbessert und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um in der Altenpflege leichter zu einem flächendeckend gültigen Tarifvertrag zu kommen.

Schraps betont: „Mit all diesen Maßnahmen machen wir uns nicht nur stark für gute Arbeit, sondern sorgen damit langfristig auch für eine verlässliche und gute Rente.“